



Ausgabe: Januar 2019

Demokratie-Newsletter

1. Überblick	2
2. Allgemeines zum Thema «Demokratie»	3
3. Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen	3
4. Gerichtsurteile	4
4.1 <i>Bundesgericht</i>	4
4.2 <i>Kantonale Entscheide</i>	4
4.3 <i>Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)</i>	4
5. Amtliche Informationen	5
6. Neue Volksinitiativen	5
7. International	5
8. Publikationen	6
9. Eidgenössische Abstimmungen vom 10. Februar 2019	6
10. Dokumentation und Kontakt	7



1. Überblick

Demokratie allgemein: Gemäss NZZ verändert die digitale Politplattform Wecollect (www.wecollect.ch) das Unterschriftensammeln und gewinnt an Einfluss.¹ Das Unterschriftensammeln über die Plattform funktioniert zweistufig. Zunächst können die Initianten über die Plattform Helfer rekrutieren, welche die Initiative mit Geld oder Arbeit unterstützen wollen.² Erst danach findet die eigentliche Unterschriftensammlung statt. Die Website vereinfacht diesen Prozess, in dem Unterstützer der Initiative, den Unterschriftenbogen vorfrankiert ausdrucken können. Wecollect hat auf diese Weise für verschiedene Anliegen fast 300'000 Unterschriften gesammelt.

Publikationen: In dem im Zentralblatt erschienenen Artikel «*Einheit der Materie bei Bundesgesetzen und der Stein der Weisen*» befasst sich Prof. Kley mit der Anwendung der Einheit der Materie auf Bundesgesetze. Er kommt zum Schluss, dass weder die Bundesverfassung noch das Parlamentsgesetz das Kriterium der Einheit der Materie bei der Bundesgesetzgebung vorsehen. Dieses Erfordernis nicht nur auf Verfassungsebene, sondern auch bei Bundesgesetzen anzuwenden, behindere das Parlament in seiner zentralen Aufgabe, «*in der Deliberation mithilfe des Antragsrechts zu Details Kompromisse zu finden.*»³

Abstimmungen: Am 10. Februar 2019 stimmen die Stimmberechtigten über die Zersiedelungsinitiative ab. Die von den Jungen Grünen lancierte Initiative möchte «*unseren Boden schützen*».⁴ Die ungebremste Zersiedelung zerstöre die Natur und Landschaft. Dazu möchten die Befürworter in der Verfassung festschreiben, dass eine Ausscheidung neuer Bauzonen nur zulässig ist, «*wenn eine andere unversiegelte Fläche von mindestens der gleichen Grösse und vergleichbarem potentiellen landwirtschaftlichen Ertragswert aus der Bauzone ausgezont wird*».⁵ Der Bundesrat lehnt die Initiative ab. Das Begehren würde die Bedürfnisse von Bevölkerung und Wirtschaft ausser Acht lassen und kantonale und regionale Unterschiede nicht berücksichtigen.⁶

¹ NZZ, 28.01.2019, Nr. 22, S. 9.

² So werden bei der Gletscher-Initiative momentan 20'000 Unterstützer gesucht.

³ KLEY, ZBI 120/2019, S. 27.

⁴ So zumindest die Argumentation der Initianten im Bundesbüchlein, S. 12.

⁵ Art. 75 Abs. 6 neuBV.

⁶ Bundesbüchlein, S. 15.

2. Allgemeines zum Thema «Demokratie»



09.01.2019, Nr. 6, S. 2

Amtszeitbeschränkung statt Rückzugskampf - Die Schweiz sollte die Amtszeit von gewählten Politikern begrenzen.



17.01.2019, Nr. 13, S. 15

Direkte Demokratie verhindert Rechtspopulismus - Der Begriff «Wutbürger» ergibt in der Schweiz keinen Sinn (Gastbeitrag von Gret Haller).

NZZ

22.01.2019, Nr. 17, S. 15

Bei Absprachen hört die Macht des Volkes auf - Die Kontroverse um die Verknüpfung sachfremder Themen im Paket Steuerreform/AHV wirft Grundfragen zur direkten und indirekten Demokratie auf.

NZZ

29.01.2019, Nr. 23, S. 14

Gemeindeversammlung hält sich wacker - Die Institution ist in der Schweiz nach wie vor verbreitet – selbst in grösseren Städten.

3. Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen



05.01.2019, Nr. 3, S. 9

Baulandstopp bei Naturschützern umstritten - Die Volksinitiative, die am 10. Februar vors Volk kommt, will neue Bauzonen verhindern - wie es schon die frühere Landschaftsinitiative wollte.

NZZ

07.01.2019, Nr. 4, S. 9

Bodennutzung als Nullsummenspiel - Die Zersiedelungsinitiative will das Wachstum der Siedlungsfläche in der Schweiz mit drastischen Mitteln bremsen.

NZZ

11.01.2019, Nr. 8, S. 15

Zu schwere Kost für das Stimmvolk - [Voto-Nachwahlbefragung](#) zeigt, dass die Selbstbestimmungsinitiative der SVP für viele unverständlich geblieben ist.

NZZ

18.01.2019, Nr. 14, S. 16

«Gesetzgeberisches Chaos» befürchtet - Die Zersiedelungsinitiative würde die Errungenschaften des Raumplanungsgesetzes gefährden.

4. Gerichtsurteile

4.1 Bundesgericht



Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 12. Dezember 2018 ([1C 492/2018](#))

Stimmrechtsbeschwerde betreffend eidgenössische Volksabstimmung vom 23. September 2018 - Das Bundesgericht tritt auf die Beschwerde gegen den Entscheid des Staatsrates GE nicht ein.



Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 10. Januar 2019 ([1C 1/2019](#))

Stimmrechtsbeschwerde betreffend kantonale Volksabstimmung vom 25. November 2018 – Das Bundesgericht tritt auf die Beschwerde gegen den Entscheid des Appellationsgerichts BS nicht ein.

4.2 Kantonale Entscheide



Urteil des Appellationsgerichts Basel-Stadt vom 15. Januar 2019 ([VG.2018.1](#))

Ungültigerklärung einer kantonalen Initiative – Der Grosse Rat BS erklärte am 10. Januar 2018 die Volksinitiative «Grundrechte für Primaten» für ungültig. Das Gericht heisst die dagegen erhobene Beschwerde gut und erklärt die Volksinitiative für rechtlich zulässig.



Urteil des Verwaltungsgerichts Graubünden vom 10. Juli 2018 ([V 18 5](#))

Ungültigerklärung einer kommunalen Initiative – In einer Gemeinde wurde eine Initiative in der Form einer einfachen Anregung für den Erhalt des Spiel- und Sportplatzes und ein ortsbildverträgliches Hotel eingereicht, welche sich gegen ein konkretes Bauprojekt richtete. Der Vorstand der Gemeinde kam zum Schluss, die Initiative sei rechtswidrig. Das Verwaltungsgericht weist die Beschwerde gegen diesen Entscheid ab.



Urteil des Verwaltungsgerichts Graubünden vom 26. Juni 2018 ([V 16 8](#))

Teilweise Ungültigerklärung einer kantonalen Initiative – Der Grosse Rat erklärte die Initiative «Für eine naturverträgliche und ethische Jagd» in der Form einer allgemeinen Anregung für teilweise ungültig. Begründet wurde dies mit einem Verstoss gegen übergeordnetes Bundesrecht (Wald- und Jagdgesetze, Diskriminierungsverbot). Das Verwaltungsgericht heisst die Beschwerde teilweise gut.

4.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)



Entscheid der UBI vom 14. September 2018 ([b. 784](#))

Die Diskussionssendung «Infrarouge» des RTS diskutierte zum Thema «Trump: fou ou génie?». In der Beschwerde wurden der tendenziöse Charakter und die Thematisierung des Gesundheitszustands des Präsidenten gerügt. Die UBI kam in ihrer Beurteilung zum Schluss, dass sich das Publikum aufgrund der transparenten Gestaltung, der unterschiedlichen Ansichten der Diskussionsteilnehmer und seines Vorwissens eine eigene Meinung bilden konnte. Persönliche Meinungen waren klar als solche erkennbar und die

Moderation nicht tendenziös. Die UBI weist die Beschwerde ab.

5. Amtliche Informationen



[Mitteilung des Bundesrates vom 16. Januar 2019](#)

Der Bundesrat hat entschieden, am 19. Mai 2019 zwei Vorlagen zur Abstimmung zu bringen, sofern das Referendum gegen sie zustande kommt.

1. Bundesgesetz vom 28. September 2018 über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) (BBI 2018 6031);
2. Bundesbeschluss vom 28. September 2018 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) (BBI 2018 6085)

6. Neue Volksinitiativen



Botschaft vom 14. Dezember 2018

Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung - Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»

[\(BBI 2019 1101\)](#) [\(Bundesbeschluss\)](#)

7. International

NZZ 16.01.2019, Nr. 14, S. 7

Rankend-Choice Voting (RCV): Vom Sieger zum schlechten Verlierer - Im amerikanischen Gliedstaat Maine sorgt ein hochgelobtes neues Wahlverfahren für rote Köpfe.

NZZ 31.01.2019, Nr. 25, S. 5

Fünf Jahre König sein, immer schön der Reihe nach. In Malaysia bestimmen Vertreter von neun Sultanaten den Monarchen nach dem Rotationsprinzip.

8. Publikationen



ALTMAN DAVID, Citizenship and contemporary direct democracy, Cambridge 2019.



BIAGGINI GIOVANNI, Einheit der Materie: Rechtsregel oder Rechtsgrundsatz?, ZBI 120/2019 S. 1.



GIGER NATHALIE et al., The 2015 Swiss national elections, SPSR, Volume 24, Issue 4.



KLEY ANDREAS, Die Einheit der Materie bei Bundesgesetzen und der Stein der Weisen, ZBI 120/2019 S. 3.



SAXER URS, No-Billag-Initiative – Ein Lausbubenstreich, Medialex 2018 S. 5.



SEFEROVIC GORAN, Single subject rule – Die Einheit der Materie in den Gliedstaaten der USA, ZBI 120/2019 S. 28.



MILIC THOMAS/FELLER ALESSANDRO/KÜBLER DANIEL, VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 25. November 2018, Januar 2019. ([Link](#))

9. Eidgenössische Abstimmungen vom 10. Februar 2019



Zersiedelungsinitiative - «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung»

Am 10. Februar 2019 werden die Schweizer Stimmberechtigten über die Volksinitiative abstimmen.

([Bundesbüchlein](#))



10. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Vollständige Urteils- bzw. Entscheidsammlung (Schweiz):
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

Felix Schiller, MLaw, LL.M.
Rechtswissenschaftliches Institut, Universität Zürich
Tel. +41 44 634 36 98
E-Mail: felix.schiller@rwi.uzh.ch
www.rwi.uzh.ch/kley

An- und Abmeldung:

[Link](#)

Wir freuen uns über Ihre Hinweise und Anregungen:

[Link](#)